

# Bildungsfonds statt Chipkarte

## Unbürokratische Förderung in Lübeck

Von S. Lüke und I. Michels

Als Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) vor wenigen Wochen ihr Modell einer Bildungs-Chipkarte vorstellte, mit der Kinder aus armen Familien „unkompliziert und unbürokratisch“ Zugang zu Förderangeboten bekommen sollen, lehnt man sich in Lübeck entspannt zurück. Dort haben Partner aus Verwaltung, Politik und Stiftungen schon vor zwei Jahren eine Lösung gefunden, die in ihren Augen mehr als eine Alternative zur umstrittenen Chipkarte darstellt: Sie riefen den Lübecker Bildungsfonds ins Leben.

### Jedes zehnte Lübecker Kind wird mit Geld aus dem Bildungsfonds gefördert

Mittlerweile wird fast jedes zehnte Kind mit diesem Geld gefördert. Das, was Ministerin von der Leyen mit Chipkarten und Gutscheinen erreichen will, hat die Stadt im hohen Norden mit relativ geringem Verwaltungsaufwand organisiert. „Durch den Fonds ist es tatsächlich möglich geworden, Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Familien ohne bürokratische Hürden Unterstützung anzubieten“, sagt der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Jan Lindenau.

Dreh- und Angelpunkt der Förderung sind die Orte, an denen sich Kinder und Jugendliche täglich aufhalten. Die Initiatoren gehen davon aus, dass Erzieherinnen und Lehrer in Kita und Schule die Familien am besten kennen und den direkten Draht zu den Kindern haben.

Die Senatorin für Kultur und Bildung, Annette Borns (SPD), ist überzeugt, dass die Pädagogen am besten wissen, wer Unterstützung braucht und wer nicht: „Wir vertrauen auf den Willen von Erziehern und Lehrern, das Beste für jedes Kind erreichen zu wollen – vor allem für die Kinder, die zu Hause wenig oder keinen Rückhalt haben.“

Dort, wo das der Fall ist, reicht ein übersichtlich strukturierter Antrag von knapp einer Din-A-4-Seite, um Fördergeld und Kind zusammenzubringen. Unterschrieben und damit bewilligt wird er von dem jeweiligen Pädagogen beziehungsweise der Kita- oder Schulleitung.

Schule und Kita verfügen dafür über ein eigenes Budget, das aus dem Bildungsfonds gefüllt wird.

Knut Kliner, langjähriger Schulleiter der Schule Roter Hahn, erinnert sich an seine ursprüngliche Ungläubigkeit: „Wir mussten uns zunächst daran gewöhnen, dass wir tatsächlich selber über die finanzielle Unterstützung entscheiden können.“

Die Verantwortlichen in Lübeck wollten keine neuen Strukturen schaffen, sondern vorhandene nutzen und zusammenführen. Jenen, die Unterstützung benötigen, bleibt so der Bittgang zur Verwaltung oder Stiftung erspart. Vom Konzept ist Elke Woitke aus der Verwaltung der Hansestadt überzeugt: „Mit dem Fonds stärken wir das vorhandene Bildungssystem und die Kompetenzen der Akteure vor Ort: Schulleiter, Lehrer, Sozialpädagogen, Erzieher, Sekretärinnen, Hausmeister.“

Die Unterstützung von Kindern aus armen Familien gelingt allerdings auch in Lübeck nur Dank hoher Geldsummen. Im Bildungsfonds stecken mehr als zwei Millionen Euro. Stadt und Land sowie sechs Stiftungen, die gemeinsam 53 Prozent des Geldes aufbringen, zahlen ein – vorausgesetzt, Kommune und Land halten ihre finanziellen Zusage auch ein.

Finanziert werden Bildungsangebote wie Sprachförderung, Mittagessen, Nachmittagskurse sowie Ausflüge und Material. Auch Fahrtkosten werden erstattet, wenn das Einkommen einer Familie nicht reicht, um zum Beispiel die Fahrt zum Praktikumsplatz zu bezahlen.

Pro Kind wurden 2009 durchschnittlich 583 Euro bereitgestellt. Ein Großteil der zwei Millionen Euro floss in die Sprachförderung (26,3 Prozent) und ins Mittagessen (25,3). Die Verwaltungs-Ausgaben dagegen fielen kaum ins Gewicht. Sie machten gerade mal ein Prozent aus.

Damit kommt fast jeder Euro beim Kind an. Kosten, wie sie beim Chipkarten-System etwa für die Produktion der Karten und die erforderlichen Karten-Lesegeräte anfallen, gibt es in Lübeck nicht.

Bildungsfonds statt Chipkarte? Auch die stellvertretende SPD-Vorsitzende und Ministerin für Soziales und Gesundheit in Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, hält den Bildungsfonds für eine brauchbare Alternative. Weil aber nicht jede Kommune wie Lübeck auf potente Stiftungen zurückgreifen könne, müsse der Bund diese Mittel zur Verfügung stellen, forderte Schwesig: Dann könne der Lübecker Fonds bald „ein Modell für Deutschland“ werden.

## SPRACHKURS, NACHHILFE, THEATER

Nach dem Hartz-IV-Urteil will Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) mit dem Bildungspaket benachteiligte Kinder fördern. Gedacht ist an ein Chipkarten- oder Gutscheinsystem. Die Jobcenter sollen entscheiden, wer gefördert wird. Kritiker halten das Modell für zu bürokratisch. Zudem liege die Entscheidung bei den Falschen.

Beim Lübecker Bildungsfonds entscheiden hingegen Erzieher, Lehrer oder Schulleiter direkt über die Förderung. Sie

bekommen ein eigenes Budget für Sprachkurse oder Nachhilfe. Getragen wird der Fonds unter anderem von der Kommune und von Stiftungen.

Auch die Stadt Mannheim fährt ein Anti-Chipkartenmodell – zum Beispiel beim „Mannheimer Unterstützungssystem Schule“. Auch hier entscheiden die Schulen selbst, ob und in welchem Umfang ein Kind davon profitiert. Die Stadt investiert pro Jahr rund eine Million Euro in zusätzliche Bildungsprojekte. ki